

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aushäuger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., ansonstige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldateneäte.

Nr. 7.

Donnerstag, den 9. Januar 1919.

26. Jahrg.

Wider Deutschlands Verderber.

Bis zur Revolution des 9. November hat die Junker-Elite Deutschland regiert. Ihr allein verdanken wir den jämmerlichen Zustand, in dem sich jetzt Reich und Volk befinden. Junker waren in der Regierung, Junker in der Heeresleitung, an allen hohen Stellen maßgebend. Junker bildeten den Hofstaat des Kaisers, Junker rühmten sich, Erzieher Seiner Majestät zu sein. Junker hatten sich nach den Freiheitskriegen wieder aller politischen Macht in Preußen bemächtigt, Junker schlugen die Revolution des Bürgerturns 1848 nieder, Junker wurden durch Bismarcks Reichsgründung in Deutschland allmächtig. Es ist nur ein Stück der politischen und moralischen Feigheit, welche seit Offenbarwerden der Niederlage die Junkerpartei an den Tag gelegt hat, wenn sie jetzt die Verantwortung für die Vergangenheit von sich zu schütteln sucht.

Die früher als Konserervative, Freikonserervative, Reichsparteiler, Altkonservative, Flottenvereiner, Wehrvereiner, Christlich-Soziale, Reformpartei, Wirtschaftliche Vereinigung usw. offen der Reaktion dienten, sind jetzt auch „Volkspartei“ geworden.

Deutschnationale Volkspartei

nennen sie sich. Den ersten Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei unterzeichneten 18 Adeliche und 16 Bürgerliche. Die Bekleidung der Junkerstücke war nur mangelhaft gelungen. Unter dem Löwenfell guckte die alte Efelshaut hervor.

„Deutschnational!“ Das war stets der Trieb der Reaktion, sich als besonders gute Patrioten, als entschlossenste Kämpfer des Deutschtums aufzuspielen. In Wahrheit sind sie die Verderber Deutschlands geworden. Die unständige Gewaltpolitik, das ewige Herumfahren mit der gepanzerten Faust und dem geschliffenen Schwert, das präferierte Heranziehen der ganzen Welt war Junkerwerk und Junkerart. Sie hat uns die Feindschaft der ganzen Welt eingetragen. Das konservative Polizei- und Gewaltregiment hat Deutschland in der ganzen Welt verhaßt gemacht und dadurch den Keim zur Niederlage durch die Koalition aller Weltmächte gegen uns gelegt. Die Mißhandlung der Elb- und Ostpreußen — Zäbern! —, der Polen und Dänen durch übermächtige Junkeroffiziere und Junkerbureaucraten hat uns Elb- und Ostpreußen gekostet, ehe wir es im Kriege verloren; löst uns weiter Land im Osten und Norden. Die eigenmächtige Alleinherrschaft des Junkers im Staate hat dem deutschen Volke keine Liebe zum Reich aufkommen lassen; so sind die Junker die Väter des Separatismus geworden, der jetzt Deutschland endgültig zu vernichten droht.

Den Krieg, auf den sie schon immer hingearbeitet hatten, haben die junkerlichen Militaristen jubelnd begrüßt. „Endlich schlägt die ersehnte Stunde“, lärmte die ganze Junkerpresse in den juchzenden Sagen, da das große Blutvergießen begann. Während der ganzen 51 Monate Krieg haben sie dann unermüdet gegen jede Friedensmöglichkeit gekämpft und Dutzende von Bünden zur raschen Niederwerfung Englands, zur Abwehr des „Schmachfriedens der Verständigung“ und zur Erweiterung der deutschen Grenzen in Ost und West und Uebersee gegründet.

Nur kein vorzeitiger Friede!

heißt jahrelang der ganze Chor der Junkerpresse. Einer widerwilligen Regierung, welche die Katastrophe rüstig vorausahnte, wurde der verschärfte Unterseeboottkrieg aufgewungen und Deutschland, das sich wunderbar gehalten hatte, durch Herausforderung der amerikanischen Feindschaft ins unaufhaltsame Verderben gestürzt.

Dabei dachten diese Kriegshelden gar nicht daran, materielle oder klassenpolitische Opfer für den deutschen Sieg zu bringen. Sie schoben und wucherten schamlos mit den Lebensmitteln und verlangten nuangsgeheft

höhere „Anreizpreise“.

Sie schlemmten in den Clappen und Offizierskafinos, während die Soldaten Kohldampf schoben oder „Drahtverhaue“ herunterwürgten. Allen inneren Reformen setzte auch während des Krieges das Junkertum den hartnäckigsten Widerstand bis aufs äußerste entgegen. — „Wenn wir das gleiche Wahlrecht in Preußen bekommen, haben wir den Weltkrieg ver-

Aufruf der Regierung.

Berlin, 9. Januar. Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gekürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr ist lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Provinzialstädte werden gesäubert. Die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entschlossene Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden und die bedarf der Vorbereitungen. Habt nur noch kurze Zeit Geduld, seid aufrichtig, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz ein, geschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen löcherlicher Weise aufgehäuft werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.

Berlin, den 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Eberl. Scheibemann. Landsberg. Roske. Wiffel.

„Loren“, veränderte Oldenburg-Jaunichau, der keine Kavassellen mehr haben wollte, weil ihm der Preis nicht hoch genug war. Dieses Wort der Schmach wird ewig auf der Reaktion lasten wie die jämmerlichen Laten ihrer Feigheit nach Jesa und nach dem 9. November.

Die Verderber Deutschlands, die Kriegshelden und Gewaltthäter werden das deutsche Volk auch in ihrer Bekleidung als Deutschnationale Volkspartei durchschauern. Für sie muß der

Wahltag Gerichtstag

werden. Das deutsche Volk wäre verrückt, wenn es noch länger den Männern einen Anteil an der Staatsmacht gönnte, deren Eigennutz und Brutalität in der Zeit ihrer Alleinherrschaft uns alle ins Unglück gestürzt hat. Die Monarchie war nur der Mantel; der wirkliche Todfeind des deutschen Volkes ist die Junkerelike und ihre freiwillige Dicerschaft. Die erste

Parole für den 19. Januar

muß deshalb lauten, daß die Deutschnationale Volkspartei keinen Platz in der Konstituante der deutschen Republik finden darf. Fort müssen sie, ihre Zeit ist abgelaufen.

Die Lage in Berlin.

Die Regierungstruppen haben die Eisenbahndirektion, die Pionierkammer, das Provinzialamt in der Köpenickerstraße, den Potsdamer Bahnhof und das Brandenburger Tor zurückerobert. Beim Brandenburger Tor wurden auch Flammenwerfer angewendet. Beim Brandenburger Tor wurde auch ein Maschinengewehr, angeblich von Spartakusleuten, auf einen fahrenden Eisenbahnwagen gerichtet. Es heißt, daß 14 Frauen und Kinder verletzt wurden. Der Alexanderplatz ist von den Spartakusanhängern gesperrt. In den ersten Morgenstunden fand ein hartes Feuergefecht zwischen Anhängern der Regierung und den Spartakusleuten, die das Wolfische Bureau besetzt hatten. Hierbei verloren die Anhänger der Regierung vier Tote.

Der Straßenbahnverkehr ist vollkommen eingestellt. Die Straßenbahnwagen sind wegen Lohnforderungen in den Auslauf getreten.

Der Eisenbahnverkehr nach außerhalb wird aufrecht erhalten. Der Stadtbahnverkehr ist noch immer nicht wiederhergestellt, woraus sich ergibt, daß der Schöneberg Bahnhof offenbar noch im Besitz der Spartakusgruppe ist.

Ergebnislose Verhandlungen.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird folgendes veröffentlicht: Die Verhandlungen zwischen der Regierung und

dem Aktionskomitee der revolutionären Arbeiter haben am späten Nachmittag ergebnislos geendet. Die revolutionären Arbeiter haben am Schluß folgende Erklärung ab: Die Volksbeauftragten wie der Zentralrat haben als Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen die Forderung gestellt, daß die Besetzung des „Vorwärts“ und der übrigen Zeitungen sofort aufgehoben werde. Von dieser Voraussetzung war am Tage vor der Eintritt in die Verhandlungen nicht abhängig gemacht worden. Infolgedessen reichen die den Verhandlungskommissionen bisher erteilten Vollmachten nicht aus. Sie müssen ihre Auftraggeber wegen Ersetzung der Vollmachten befragen, was in den bereits für heute anberaumten Sitzungen geschehen wird. Aus diesem Grunde ist die Fortsetzung nötig. Die Verhandlungskommissionen werden noch daran sein, daß nach einer jeden eingegangenen Nachricht, heute, am 7. Januar zwischen 11 und 12 Uhr vormittags, die Eisenbahndirektion durch Truppen aus Eisenbahn-Regimenten mit bewaffneter Hand erstickt werden soll. Wir erblicken darin den Bruch des gelübten von den Volksbeauftragten gegebenen Versprechens, daß die Regierungstruppen die Waffen nicht zum Angriff gebrauchen würden.

Dazu erklärt die Reichsregierung: Die Tatsache, daß angeblich sozialdemokratische Organisationen in der letzten Revolutionswoche die Pressefreiheit zum Gegenstand einer Verhandlung machen wollten, ist noch ohne Beispiel. Regierung und Zentralrat hätten sich um jeden Kredit gebracht, wenn sie auf ein so unerhörtes Verlangen eingegangen wären. Daß die Befreiung eines mörderischen Eingriffs, wie der Besetzung der Eisenbahndirektion zu einem Angriff der Regierungstruppen geführt wird, zeigt ebenfalls die verkehrte Welt, in der die Berliner Unruhestifter leben. Die Lahmlegung des Eisenbahnbetriebs und damit der Zufuhr aller Lebensmittel und Kohle hätte gedroht, wenn die Regierung nicht sofort zur Wiederbesetzung geschritten wäre. Die revolutionären Elemente werden sich möglicherweise heute abend zu neuen Verhandlungen einfinden. Die Regierung hat ihren Bedingungen nichts hinzuzufügen und wird sich nichts abhandeln lassen.

Die Verhandlungen, die zwischen den Parteien in der Reichskanzlei stattgefunden haben, sind endgültig abgebrochen worden. Die revolutionären Elemente haben sich zwar bereit erklärt, die bürgerlichen Zeitungen freizugeben, den „Vorwärts“ aber wollten sie in ihrer Gewalt behalten. Darauf ist die Regierung nicht eingegangen.

Neue Kämpfe am Brandenburger Tor und Reichstagsgebäude.

Zu heftigen Kämpfen kam es, wie der bürgerliche Telegraph meldet, am Mittwoch nachmittags um 4 Uhr und um 5 Uhr vor dem Brandenburger Tor, das bereits in den Vormittagsstunden das Ziel mehrerer Angriffe von Seiten der Spartakisten gewesen war. Um 4 Uhr nachmittags erfolgte ein größerer Angriff. Vom Lehrter Bahnhof wurde das Brandenburger Tor ebenso wie der Reichstag durch Maschinengewehre unter Feuer genommen. Kurz nach 4 Uhr versuchte ein starker Zug Spartakisten, der aus der Siegesallee kam, das Brandenburger Tor im Sturm zu nehmen. Die Besatzung gab erst einige Schreckschüsse ab und wartete dann, als diese die Angreifer nicht zum Stehen brachten, Handgranaten unter die Stürmenden. Von diesen wurde der Feuer mit Gewehrschüssen erwidert und es entspann sich ein regelrechtes Gefecht, das etwa 15 Minuten lang anhielt. Die Spartakisten hatten bei dem Angriff, wie es heißt, 12 Tote und über 20 Verwundete. Gegen 6 Uhr setzte aus der Richtung vom Schloß her Feuer auf das Brandenburger Tor ein. Aus diesem Grunde nahen Verstärkungen der Regierungstruppen, die nunmehr die Linden einschließen des Pariser Platzes bis zur Wilhelmstraße und die Charlottenburgerhaushaus bis zur Siegesallee absperrten.

Gegen 1/2 Uhr nachmittags unternahmen die Spartakusleute einen Angriff auf das auswärts liegende Amt. Es kam zu einem heftigen Gefecht, und die Spartakisten mußten sich vor dem Maschinengewehrfeuer der Regierungstruppen zurückziehen.

Mittwoch, mittags gegen 1 Uhr entwickelte sich ein heftiges Feuergefecht am und gegen das Reichstagsgebäude, das seit vorgestern von Regierungstruppen besetzt gehalten wird. Die Spartakisten versuchten, diese Truppen zur Aufgabe zu zwingen. Sie gingen mit Maschinengewehren Handgranaten und Gewehren gegen das Reichstagsgebäude vor. Binnen wenigen Minuten war ein regelrechtes Feuerkampf im Gange. Unaufhörlich knatterte das Maschinengewehr, während die Gewehrjäger fortwährend Salve abgaben. Dazwischen türnten die dumpfen Detonationen der explodierenden Handgranaten. Das Reichstagsgebäude war gerade infolge der spartakistischen Massenemonstration in der Siegesallee von einer riesigen Menge umlagert. Der erste Schuß fiel aus der Menge. Die Regierungstruppe antworteten aus den Fenstern und von den Balkonen des Reichstagsgebäudes mit Gewehren und Maschinengewehren. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Im Reichstag, der mit Waffen und Mannschaften gespickt ist, erwartet man einen neuen Angriff der Spartakusleute. Ferner ist die Meldung ein, daß die Spartakusleute in der Vorstadt

Kraße, gegenüber dem Reichstag, ein Gefängnis in Stellung gebracht hatten.

Auch die nächste Umgebung des Reichstages, namentlich die Marschallstraße, wurde ständig unter Feuer gehalten. In der Ecke der Dorstheestraße entwickelte sich aus den Häusern heraus eine lebhafteste Schießerei. Ein besonders lebhafter Kugelnwechsel fand zwischen der Lottisenstraße und dem Schiffsbauerdamm, nordöstlich vom Reichstagesgebäude, statt. Dabei ging eine Kugel in das Fenster eines Cafés und tötete einen am Schreibtisch arbeitenden Mann. Ebenso wurde ein Chauffeur von einer Kugel tödlich getroffen, als er dort die Straße passierte.

Die Schießereien im Zeitungsquartier, das fast im völligen Dunkel lag und streng abgesperrt war, dauerten bis in die frühen Morgenstunden an. Einzelne Schiffe fielen fast unauffällig. Von 11 Uhr an entwickelten sich häufig heftige Gefechte mit Maschinengewehren und Handgranaten.

Der „Vorwärts“ hat wieder eine Extrablattausgabe herausgebracht, in der er erklärt, die Regierung habe ihren Bedingungen nichts hinzuzufügen und werde sich nichts abhandeln lassen. Aus dem Blatt erfährt man auch noch, daß in der vergangenen Nacht morgens um vier Uhr ein Maschinengewehr mit zwanzig Mann bis hart an den Kaiserhof vorstieß und von dort das Reichstagespalast beschloß.

Die Regierung hat den ihr bekannten Führern der sozialistischen Bewegung das Telephon abgeschnitten, so in a. Liebnecht und Rosa Luxemburg, ferner die Leitung der Post, des Berliner Bureaus der Petersburger Telegraphenagentur.

Das Aussehen in der Stadt.

Die Läden werden mehr und mehr gänzlich geschlossen, und wo sie nicht geschlossen sind, bleiben die eisernen Gitter herabgelassen. Besondere Märgel sind geschlossen zum Schutze des Zentralviehhofes, dessen sich die Spartakisten bemächtigen wollen und wo noch für etwa 14 Tage Vieh- und Fleischkorrekte für die Stadt Berlin liegen.

Die Gardeminiere haben die in ihre Kasernen eingedrungenen Spartakisten wieder hinausgeworfen und sich dort verschanzt.

Die Spartakisten haben auch die häßlichen Wasserwerke, in denen gestreift wird, besetzt. Große Teile Berlins sind ohne Wasser.

In der „Freiheit“ werden Mittwoch früh die Arbeiter und Soldaten wiederum aufgefordert, sich in der Siegesallee zu versammeln, um der Regierung die Größe ihrer Verantwortung vor Augen zu führen. Es müsse die einheitliche sozialistische Kampffront gegen das Kapital hergestellt werden, und dies sei unmöglich, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt der Gewalt stelle. (Und die Spartakisten?) Die Aufforderung nach der Siegesallee ist unterzeichnet von den Kommunisten, den revolutionären Studenten und auch von der Berliner Zeitung der Unabhängigen.

In der vergangenen Nacht führten Offizierspatrouillen durch den Westen in offenen Droßeln und teilten mit, daß sich das gesamte Berliner Offizierskorps auf Ehrenwort dem Sozialdemokratischen Komitee verpflichtet und dabei gleichfalls ehrenwörtlich erklärt habe, unbedingt hinter der Regierung Ober-Scheidemann zu stehen und keinen Versuch zu versuchen. Die Frauener und ein Teil der Marine-transporte haben sich für neutral erklärt.

Eine in Kiel gebildete regierungstreue eiserne Division von Matrosen und Feldgrauen in Stärke von 1400 Mann hat Kiel in Richtung Berlin verlassen.

Entgegen Blättermeldungen ist der Besagungsstand über Berlin nicht verhängt.

Der Studenten-Regiment, die sich zur Unterstützung der Regierung gebildet, sind bis jetzt 500 Studenten beigetreten.

Die Eisenbahn ist im Besitz der Regierung. Abgesehen von dem schließlichen Verdonnerbahnhof, der von Spartakisten besetzt ist, sind sämtliche Bahnhöfe und Dienststellen der Eisenbahn sowie die Direktion selbst völlig frei. Die Stadtbahn verkehrt teilweise wieder.

Demonstrationszüge.

Die letzten Nachrichten melden, die Hauptmacht der Spartakisten liege im Tiergartenviertel. Von dort aus versuchen sie, durch das Ständeburger Tor in die Stadt vorzudringen. Das Zeichnungsgebiet erstreckt sich bis zum Schiffsbauerdamm. Kommandant von Hauptmann v. Boerstedt sein. Gestern nachmittag haben die Spartakisten im Bereich mit den Unabhängigen einen Demonstrationszug von 3 Kilometern Länge angetreten. Sie zogen nach dem Volkstheater, wo sich ein Aufruf an sie hielt.

Durch die Leipziger Straße ging ein großer Demonstrationszug mit Plakaten, auf denen eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien verlangt wurde.

Das Extrablatt „Vorwärts“ meldet, daß die Spartakisten selbst 12 ihrer Leute wegen Plünderung im „Vorwärts“-haus der Polizei übergeben haben.

Weiter teilt das Extrablatt „Vorwärts“ mit, daß eine inspektive Kommission in Verbindung mit den Zentralräten und den Hauptstellungen der Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter beschloßen hat, die Forderung aufzustellen, daß in sämtliche Berliner Zeitungen endlich freigegeben und die Waffen aus den Käufern entfernt werden. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so soll der Generalstreik für das ganze graphische Gewerbe verhängt werden.

Mittwoch vormittag lagte im Herrenhaus der Zentralrat mit den Delegierten des Spartakusbundes. Sie hatten während der Nacht um Verhandlungen mit der Regierung nachgedacht. Dienen Verlangen konnte aber nicht stattgegeben werden, zumal sie ein positives Ergebnis einer nächsten Tagung nicht versprechen konnten. Wie es heißt, ist die Versorgung der revolutionären Truppen ungenügend. Sie haben zwar das Kommando in der Köpenickerstraße und die Militärbehörden in Besitz, doch fehlt es ihnen infolge der Absperrung an Nahrungsmitteln, um diese Nahrungsmittel abtransportieren zu können.

Neue Waffenlieferungsverhandlungen.

Berlin, 2. Januar. Kaum wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Dem Marshall hat sich kein Bescheid über die Waffenlieferungsverhandlungen folgendes Telegramm erhalten: Das Reichswehrministerium, das am 12. und 13. Dezember 1918 erzwungen worden war, ließ am 17. Januar 1919 die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat die Zustimmung der Militärs nicht gefunden.

Infolge dieses Beschlages haben sich die allierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Verhandlungen vom 11. Dezember und 13. Dezember getroffen haben, zu einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. Der Oberkommandierende der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommandierenden folgende Zusammenfassung mit dem 14. oder 15. d. M. vormittags in Trier stattfinden unter denselben Bedingungen wie im Monat Dezember.

Ueber die Kämpfe in Polen

werden nach folgende Einzelheiten aus Schnellbriefen bekannt: Dienstag abend hatten unsere Freiwilligen-Kompagnie in der Gegend von Milich ein schweres Gefecht mit den von Kolmar anrückenden polnischen Truppen. Die Polen wurden zurückgeschlagen und über Kolmar hinaus verfolgt. Kolmar ist wieder in deutschen Besitz. Die Verluste sind auf beiden Seiten schwer. Auch bei Weidenhöhe hatte eine Freiwilligen-Kompagnie ein Gefecht mit den Polen. Nach hier verlief dieses zu unseren Gunsten.

Es wurde in Polen zwischen einem Berliner Regierungsvertreter und Delegierten der obersten polnischen Behörden verhandelt, um gewaltloses Blutvergießen zu verhindern.

Menschenrecht vor Sachenrecht.

Der Arbeit ihr voller Ertrag als Lohn! Höchstes Glück und höchster Wohlstand allen Arbeitenden!

Das sind wirtschaftliche Grundforderungen der Sozialdemokratie. Jeder Mann und jede Frau, die vom Ertrage ihrer Arbeit leben, sind daher naturgemäß sozialdemokratische Wähler. Der Sozialismus liegt im Interesse aller arbeitenden Schichten der Bevölkerung.

Deshalb ist die Sozialdemokratie die richtige Partei für:

- Alle Arbeiter, gelehrte und ungelehrte, Industriearbeiter und Landarbeiter.
- Alle Angestellten, ob im Laden, Bureau oder Betrieb tätig, technische wie kaufmännische Angestellte, Bureaubeamte, Büchsenangehörige usw.
- Alle Beamten und Staatsarbeiter, ob im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst, Postbeamte, Telegraphenbeamte, Eisenbahnbeamte, Justizbeamte, Verwaltungsbeamte, Kommunalbeamte usw. usw.
- Alle Handwerker und selbständigen Gewerbetreibenden, Sackwirte usw. usw.
- Alle selbständigen Landwirte, Winzer, Kräutler, Zinkler, Landarbeiter usw.
- Alle Angehörigen freier Berufe und Künstler.
- Alle im Haushalt tätigen Personen, ob arbeitende Hausfrauen oder Hausangestellte.

Sie alle bilden zusammen das große Heer der arbeitenden Menschheit, sie alle sind das Interesse der arbeitenden Menschheit gegen die Ausbeutung der Arbeit durch die Macht des Kapitals. Die Arbeitenden zusammen bilden die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung. Wenn sie zusammenhalten, siegt das Recht der Arbeit!

Der arbeitende Mann, jede arbeitende Frau, jeder geistig oder körperlich Schaffende wähle daher am 19. Januar die sozialdemokratische Liste.

Der Kommandierende deutsche General von Bock und Soloch wurde interniert, wogegen die Regierung Einspruch erhob. Der oberste polnische Volksrat gab darauf die Zustimmung, daß die Internierung unverzüglich rückgängig gemacht würde, wenn Garantien dafür gegeben würden, daß deutsche Flieger polnische Gebiete nicht mit Bomben bewerkeln und gewisse internierte und verhaftete Polen freigelassen und in Zukunft ihrer politischen und nationalen Betätigung wegen nicht interniert oder verhaftet sowie bestimmten anderen Verhältnissen die Fahrkarten nach Polen nicht verweigert würden.

In Zagdlich (Kreis Bomp) versammelten sich deutsche Truppen mit Artillerie. Rakel ist wieder in polnischen Händen. Mordlich von Rakel bei Krotischen sind die Kämpfe amnestisch.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die feindliche Lebensmittelhilfe. Die Münchener Neuesten Nachrichten berichten: Die amerikanische Lebensmittellieferung ist nach den ihr von ihren Vertretern zugegangenen Berichten gewiß, die Versorgung der deutschen Bevölkerung nach folgenden Gesichtspunkten und unter folgenden Bedingungen zu übernehmen: Mit den Lieferungen soll begonnen werden, wenn es die Notlage dringend erfordert, jedenfalls aber sobald nach dem Abschluß der Preliminarverhandlungen. Es sollen zu diesem Zweck in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern große Lebensmittellager errichtet werden. In Deutschland selbst werden Stapelplätze errichtet, die in ihrer Mehrzahl entlang der zentralen Grenzen liegen sollen, damit die dort liegenden Bahnhöfe im Falle irgendwelcher Störung leicht zurückgezogen oder getarnt werden können. Die Versorgung erfolgt jeweils auf ein bis drei Monate. Sie erfolgt in Gemeinden und Be-

irken, und zwar werden nur solche Bezirke versorgt werden, deren Leitung in geschäftlicher Weise gewählt oder konstituiert sein muß und die sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb ihrer Grenzen bieten. Die Lieferungen werden in einer Höhe gehalten, die bei entsprechender Rationierung eine ausreichende Ernährung sicherstellen.

Das internationale Finanzkapital ist auf dem Posten. W. L. B. verbreitet folgende Meldung: Nach Blättermeldungen begaben sich hervorragende Beamte der Südbahn nach der Schweiz, um mit den französischen Interessenten des Unternehmens in Fühlung zu treten. Die Aussprache sei umso notwendiger, als die Südbahn bei den kommenden Friedensverhandlungen eine große Rolle spielen wird, nachdem von verschiedenen Seiten angeregt wurde, ihr einen internationalen Charakter zu verleihen.

Süder gegen Terror.

In einer Verlesung in Augsburg äußerte sich Kurt Gieser: Wenn die bayerischen Wahlen anders ausfallen würden, als er denke, dann würde man nicht mit Maschinen- und Handgranaten die Lage ändern, sondern durch eine neue Volksabstimmung, da der Regierung das Recht zustehe, die Beschlüsse des Landtags einer Volksabstimmung zu unterwerfen, so daß man auch einen gegenrevolutionären Landtag in friedlicher Weise überwinden könne.

Die badische Nationalversammlung.

wird am 15. Januar nach Karlsruhe einberufen. Sie wird sich in erster Linie mit der Abfassung der neuen badischen Staatsverfassung beschäftigen sowie eine Reihe von Angelegenheiten für die Gemeinde- und Städteordnung erledigen. Nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Wahlergebnissen erhält die Sozialdemokratie im vierten Wahlbezirk Mannheim am meisten der Deutschen Nationalen Partei ein Mandat mehr, während die Demokraten auf Kosten des Zentrums einen Sitz mehr bekommen. Die badische Nationalversammlung setzt sich somit zusammen aus 40 Abgeordneten des Zentrums, 36 Sozialdemokraten, 25 Deutsch-Demokraten und 6 Nationalen. Der Ober-Ausschuß der Landesorganisation der Arbeiter, Bauern- und Volksräte sowie der Soldatenräte in Baden beschloß, bei der Ueberleitung in den durch die Wahl zur Nationalversammlung vorbereiteten geschäftlichen Zustand beihilflich zu sein. Die genannten Räte bestehen deshalb so lange fort, bis die Erfolge der Revolution von der Nationalversammlung verbürgt sind.

England.

Reformen in der Marine. Die britische Admiraltät zeigt an, daß sie sich von der Notwendigkeit einer Erhöhung des Soldes und der Verbesserung der Dienstbedingungen der Angehörigen der Kriegsmarine überzeugt hat und daß bei der Ausarbeitung der Einzelheiten Vertreter der verschiedenen Mannschafskategorien in beratender Eigenschaft hinzugezogen werden sollen, was gegen die bisherige Tradition verstößt.

Amerika.

Aufhebung der Blockade. Das amerikanische Staatsdepartement hat sich für die sofortige Aufhebung der Blockade Deutschlands erklärt und die englische und französische Regierung besonders darauf hingewiesen, daß sie auf keinerlei Schadenerlag rechnen können, wenn sie Deutschland durch wirtschaftliche Vernichtung in völlige Anarchie führten.

Das Südbund und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 8. Januar.

Die Deutschnationale Volkspartei.

Der wir den heutigen Leitartikel als Extragebiet darbringen, stellte gestern als Redner den Kaiser Oberlehrer Oberst Lorenz vor. Die Stadthalle war wieder geköpft voll und hörte den stoff geprägten Worten des Vertreters der Rechtspartei mit wenigen Unterbrechungen zu. Der Referent verstand es ganz brillant, unter seinen höchsten Redewendungen das zu verbergen, was seine Auftraggeber zu hinterziehen alle Ursache haben. Sie, die im Klassenhaute ihrem Jugendbündel keine Strafe 30 Jahre lang zurechnungsvoll vorwerfen, wehren sich wie alle Bubenkinder, jetzt beim zöhlten Ramon zu rufen zu werden. Aber um diese moralische Entziehung sehen wir uns nicht, und unter Genosse hat als alleiniger Diskussionspartner lehnte es auch ab, diese Schenkung einzunehmen. Oberst Lorenz behauptete, daß die Bemühungen um eine bürgerliche Einheitsfront in Schleswig-Holstein und im Fürstentum Lübeck fehlschlügen, da ja ihre eigenen Interessen auf dem Spiele stehen, und war zerküßelt, als er im Schlusswort behauptete, daß ihm die mutigen Demokraten nicht die Klänge zum Kreuzen böten. Der schärfste Junfermann ist aber auf dem Höhepunkt, wenn er glaubt, das Programm der Demokraten führe sie zum Fall mit den Sozialdemokraten, von dem sie nur das Tempo ihrer Forderungen trennen. Diese Behauptung ist übrigens ein schlechtes Kompliment für die ehemaligen Bundesgenossen der Vaterlandspartei, die nach des Redners Worten eine Rechtfertigung für deren Bestehen bilden sollte, weil ja auch die jetzigen Lübecker Demokraten inklusive der Fortschrittler Teilhaber jener, das heutige Volk herabwürdigenden Firma waren. Oberst Lorenz wehlagte über das Verschwinden der Monarchie, feierte die Bismarcksche Politik in hohen Tönen, nannte die Friedensresolution eine weltgeschichtliche Verfehlung, mündete ein starkes Deutschland ohne fremde Elemente (vor kurzer Zeit noch war ihnen keine Annetion groß genug!), wünscht „Soll ich“ zu Sicherung nationaler Arbeit, ist der jetzigen Sozialpolitik abhold und erst recht der neuen Steuerpolitik. Genosse hat nunmehr die Verlesung vor diesem Sand-in-die-Augen-Strauch, wie es der Referent getan habe. Er verwies auf die heile Begeisterung im Volke, die auf die Friedensresolution folgte, während die Annetionsforderungen gerade die Politik der Kriegesheer bei unseren Feinden gestärkt hätte, die zu unserm Niedergang führte, an dem nicht das Volk, sondern die Kreise, die den Referent vertritt, und die Militärkaste Schuld seien. Diese Kreise sind nicht, oftmals Hunderttausende braver Soldaten für ihre Grabungspläne zu opfern. Willen und seine Amerikaner seien die eifrigsten Gegner, die man mit dem U-Boot-Krieg vor dem Kopf gelassen habe. Mit der Bismarckschen Politik rechnete halt ganz gründlich ab. Sie hat uns die Gegner direkt auf den Hals geritten und der Kollerkurs nicht einen Freund in den ererbten Provinzen gebracht. Dafür aber das Sozialistengegner, das Tausende von Familienmännern aus Haus und Herd trieb. Das sagte so in die innerliche Machtpolitik der Konservativen, die auch der Referent vertritt. In Nordschleswig und der polnischen Bezirken straten wir jetzt die Juchende ihrer Zeiten. Auf die Lohnfrage eingehend, bezeichnete der Redner diese wohl für ungesund, sie ist aber nur eine Folge der unerhörten Preispolitik der verflochtenen Regierung und der wuchernden Ausbeutung, die dem Arbeiter heute nicht einmal mehr gestattet, sich und seine Familie mit Schuhen und Kleibern zu versehen, weil diese eine Preisföhne erreicht haben, gegen die mit keiner Lohnerhöhung anzukämpfen ist. Arbeit ist das Ziel für jeden, nur muß sich jetzt auch der Gewerkschaft anschließen, die zu verrichten, insbesondere müssen sich die Junfer dazu bequemen, den Handarbeitern anständige Löhne zu bezahlen und sie menschenwürdig zu behandeln. Obenso ist es mit

den Steuern. Die Parteien des Herrn Oberbürger sind gegen diese Neuerung, weil sie nicht mehr nach alter Weise die großen Kosten auf das Volk abwälzen können, sondern selbst in den Beutel greifen müssen. Da dem Referenten die Schul- und Kirchenpolitik nicht paßt, so paßt auch Sozialdemokratie die innerliche Schulpolitik schon lange nicht, die die schönen öffentlichen Schulverhältnisse und die Unterordnung der Lehrer in Himmelsstufen der Art kennzeichnet. Ueberhaupt lehnen wir die Verantwortung der früheren, jetzt übernommenen Zustände ab; aber das eine ist noch zu sagen, daß die Folgen der Demobilisation noch viel größer wären, wenn nicht die unkluge Führung unserer Vertreter dabei tatkräftig mitwirkte. Genosse Haut empfiehlt jedem Einzeligen die Wahl der sozialdemokratischen Liste und erntet stürmischen Beifall, der zwar auch dem Referenten nicht mangelte, aber durch den er zum Schluß noch gereizt wurde, die Verleumdung auszusprechen, die sozialdemokratische Fraktion habe für den unbeschränkten Untersechskrieg gestimmt. Bekanntlich hat der Reichstag überhaupt nicht über den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu beschließen gehabt. Hingegen haben die Sozialdemokraten sich sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch im Interesse Deutschlands so sehr, als der Belagerungszustand und die Zerwürfnisse es damals gestatteten, dagegen ausgesprochen und sind deswegen von den Genossenschaftlichen des Herrn Oberbürger während beschimpft worden. Angesichts dieser Tatsache, die jedem Politiker bekannt sein müssen, nimmt die wahrheitswidrige Behauptung des ehrenwerten „Deutsch-Nationalen“, sich besonders nach aus.

Die „Sachliche“. Das süßliche Amtsblatt hatte ohne Spur von Beweis über die sozialdemokratische Mißwirtschaft, Verschwendung von Milliardenwerten an Staatsgut, unerbittlicher Forderung und Patenwirtschaft, Postenschnäpper usw. geschwafelt, was von uns gestern in zehnjähriger kräftiger Weise angegriffen wurde. Heute macht es seinem betrüblichen Herzen über weitere mangelnde Sachlichkeit Luft und meint zum Schluß: „Man wolle sich auch, welches die Staatsprache in einer sozialistischen Republik sein würde.“ Ganz gemiß wird auch in einer sozialistischen Republik von uns ein Verleumder als solcher bezeichnet werden. Und um weiteres handelt es sich in dem vorliegenden Falle nicht. Die „Lübeckischen Anzeigen“ sind der Sozialdemokratie feindsich kaum jemals entgegengetreten.

Was bedeutet Verhältniswahlrecht?

Verhältniswahlrecht bedeutet, daß jede Stimme im Wahlergebnis zum Ausdruck gelangt. Bei dem früheren Wahlverfahren in Einzelwahlkreisen war ein Kandidat erwählt, gleichgültig, ob er 5 Stimmen oder 50 000 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt. In Mecklenburg-Lübeck ist früher wohl manche nicht zur Wahl gegangen, weil er sich sagte, daß es auf seine Stimme nicht mehr ankomme, da der sozialdemokratische Kandidat auch so gewählt würde.

Davon kann jetzt keine Rede mehr sein. Jetzt werden die Kandidaten genau nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. Mecklenburg-Lübeck wählt 6 Abgeordnete. Von diesen bekommt die Sozialdemokratie sowie, als dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl zur Gesamtstimmenzahl entsprechen. Mit der Hälfte aller abgegebenen Stimmen würde die Sozialdemokratie nur 3 Sitze erhalten, mit zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen dagegen 4 Sitze. Es kann möglicherweise nur an ganz wenigen, sogar unter Umständen an einer einzigen Stimme hängen, ob die Sozialdemokratie ein Mandat mehr oder weniger bekommt. Auf jede Stimme kommt es daher an, so höher die Stimmenzahl für die Sozialdemokratie, desto mehr Sitze erhält sie. Deshalb auch der letzte Mann zur Wahlurne für die Sozialdemokratie.

Eine Arbeitslosen-Deputation erschien gestern nachmittag an der Spitze eines großen Demonstrationzuges beim L. und S. Rat und stellte eine Reihe Forderungen. Als Ergebnis der Verhandlungen sind folgende Forderungen gestellt: Die Unterstützungssätze der Erwerbslosen wie folgt zu erhöhen: 1. für Männer von 4 Mk. auf 8 Mk., für Frauen von 3 Mk. auf 6 Mk., für Jugendliche von 2 Mk. auf 4 Mk., außerdem für jedes Kind 1 Mk. täglich. Die Unterstützungssätze müssen jeder Person ausbezahlt werden. 2. Die Unterstützung soll (rückwirkend bis 20. Dezember), möglichst sofort zur Auszahlung gelangen. 3. Von der Unterstützung darf die von den Gewerkschaften gezahlte Arbeitslosenunterstützung nicht abgezogen werden. 4. Für Notkandarbeitern verlangen die Arbeitslosen Zahlung nach den vereinbarten Tarifen. Mindestens aber einen Stundenlohn von 120 Pf. für Männer und 90 Pf. für Frauen, bei achtstündiger Arbeitszeit. Die Arbeitslosen beantragen ferner, in den Vollversammlungen des Arbeiterrates durch 3 Delegierte vertreten zu sein.

Genäulein Martha Köning, die Vorsitzende der stürmischen Arbeiter-Versammlung am letzten Montag, fordert uns eine Zusage, in der sie ihr Verhalten zu erklären versucht. Sie betont darin, daß sie die Versammlung gern weiter geleitet hätte, wie es auch ihre Pflicht gewesen wäre, sie sofort nach dem Referat von Dr. Wittke zu schließen. Von einer Verlesung an der Hand, die ihr die bürgerliche Presse bei der Gelegenheit der Ringelübernahme andichtete, schreibt Martha Köning nichts; sie würde es gewiß nicht unterlassen haben, wenn jene Behauptung auf Wahrheit beruhte. Daß Schmid auch in der auswärtigen Presse schauerliche Kanbergschreien über die Versammlung bringt, sei nur nebenbei erwähnt.

Zurückgewiesene Verleumdung deutscher Offiziere. Die „Bommersche Tagespost“ vom 7. Januar brachte eine Mitteilung der Heeresgruppe Rhein, wonach außer anderen Formationen auch das Landjäger-Infanterie-Regiment Nr. 9 seinen Posten verlassen habe. Der Soldaten-Rat des heute in Lübeck eingerückten dritten Bataillons dieses Regiments legt gegen diese Behauptung förmliche Verwahrung ein. Der Landwehr hat bis zum Eintreffen der vom Gouvernement Nicolajew versprochenen Ablösung auf keinem Posten ausgescharrt. Wenn die abblühende Truppe des zweiten Btl. Landj.-Inf.-Regt. 53 gleich darauf abgezogen, so war das nicht die Schuld des Landsturms 9, der während seiner Pflicht erfüllt hatte, wie aus einem nachfolgenden Bericht hervorgeht.

Kartoffeln. Am Sonnabend, dem 11. d. M. wird die Lieferung von Kartoffeln zur Eindeckung des Winterbedarfs eingestellt. (Siehe Bekanntmachung.)

Die Ortsratssitzung in Lübeck hatte am 1. Januar 1919: 32 249 Mitglieder, darunter 106 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte ruhen, gegen 31 693 im Jahre 1918. Auf Männer entfielen davon 17 866 (1918: 16 478), auf Frauen 14 493 (1918: 15 085). Arbeitsunfähig waren am letzten Dezember Männer: 755 (1917: 490) und Frauen: 718 (1917: 474). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Dezember 2205 (1917: 1456) erteilt. Sterbepogon wurde im Dezember für Mitglieder in 47 Fällen, für Angehörige in 35 Fällen gezahlt. Uebertragungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsregeln waren in 35 Fällen mit Strafe zu belegen.

Vortragswesen der Oberbürgerbehörde. Im jetzt beginnenden Vierteljahr wird die Oberbürgerbehörde wieder zwei Serien von Vorträgen veranstalten. Herr Prof. Dr. Bode wird sechs Vorträge halten über „England und Indien“. Den Inhalt der Vorträge wird bilden die Geschichte Indiens und das Schicksal des indischen Volkes unter der Fremdherrschaft von der ersten Niederlassung bis zur Gegenwart. An dem größten Beispiel, daß die englische Kolonialgeschichte bietet, wird die Entwicklung des Englands vom Kaufmann zum Eroberer, vom Eroberer zum Imperatorien geschildert und den Gründen nachgegangen werden, die zur heutigen Machtstellung in Indien und seiner Umarmung ge-

föhrt haben. Ebenso werden die diplomatischen und kriegerischen Auseinandersetzungen mit den übrigen Weltvölkern, den Ostländern, den Holländern, den Franzosen und den Deutschen behandelt werden. Ferner wird Herr Gymnasialdirektor Prof. Dr. Rosenthal ebenfalls sechs Vorträge halten „Aus der Geschichte des deutschen Geistes“. Sie werden veranschaulichen, welche Rolle dem deutschen Denken in der allgemeinen philosophischen Entwicklung des Abendlandes zukommt. Sie behandeln die philosophischen Grundfragen im Lichte des deutschen Gedankens und machen es sich zur besonderen Aufgabe, gerade in unseren Tagen die starke Eigenart und die unvergängliche Herrlichkeit des deutschen Geistes in seinen geschichtlichen Höhepunkten: Mystik, Renaissance, Leibniz, Kant, Schiller, Goethe, wieder zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen. Sie wollen in schwerer, aber nicht hoffnungsloser Zeit deutsche Reden an deutsche Männer und Frauen sein. Unter Aufhebung einer früher von uns gebrauchten Notiz werden die Vorträge in diesem Vierteljahr um 7 Uhr in der Aula der Erzieherschule stattfinden. Alles Weitere ergibt sich aus der Ankündigung in den Zeitungen und an den Säulen.

Belichtung von Kriessanleihen durch die Darlehnskassen des Reiches. Die Darlehnskassen des Reiches beleihen die Kriessanleihen seit dem 1. Januar 1919 bis auf weiteres zu 5 1/2 Prozent ohne weitere Gebührenberechnung. — Damit ist den Besitzern von Kriessanleihen eine neue bisher nicht vorgekommene Veranlassung gegenüber den sonstigen Darlehnsnehmern eingeräumt worden, für den Fall, daß sie ihre Kriessanleihe beleihen wollen.

Das Lübeckische Adreßbuch 1919, dieses der Mäcchtheit dienende Nachschlagewerk, ist nunmehr erschienen und zwar in der früheren vollständigen Ausgabe. Es ist also wieder das Straßenverzeichnis aufgenommen, das im Vorjahre leider fehlen mußte und die größeren Ortsnamen der Umgegend Lübecks. Das Buch ist beim Verleger Max Schmidt erhältlich.

De Mattbüsche Volksklub in Lübeck hat den ersten großen Theaterabend am 12. Januar. Vorherfien wunderbare „Fahrt nach“ ist kein lustig Stück, aber das Spektakel, wie denn und erst in Moderation ist in erste Kunstformen ist. De Vorverkauf zum Eintrittskarten ist heilig und gütig: bald jede Nacht von de Klub hat ein Platz zu dem billigen Preis bezieht. Nichtmitglieder von de Klub von Kreedee an noch Theaterorten an de Klub freigen. Peef sind aber nicht mehr dohr, also möt sie sich befehen, wenn so noch ein Platz hemm möt. Mit Gerch Reden prächtige „König von Konchulu“ freiat wie in'n März dem ersten großen in'n iegen Mattbüsch Theaterabend in'n Garmatheater.

Diebstahl. Aus dem verschlossenen Gewissen eines Grundbesitzer in der Hundestrasse ist in letzter Nacht ein fast neues Stengelgehör gestohlen worden. — Mittels Einsteigens wurde am 7. ds. Mts. aus einem Hause in der Knoelchdorfer Allee eine goldene Damenuhr mit eiserner Kette gestohlen.

Verhaftete Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurden vier russisch-polnische arbeitslose Arbeiter, die in der Nacht zum 7. ds. Mts. bei Oberste einen Einbruchdiebstahl verübt hatten, wobei ihnen Schinken Speck und Wurst in die Hände gefallen waren.

Kandidat Genosse Redakteur Starosson spricht am Sonnabend-abend in einer Volks-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Schwartzau-Kenigsfeld. Eine große Volksversammlung findet am Sonnabend im Lokale Gasthof Kleinmühlen in Kenigsfeld statt. Als Referentin erscheint Frau Zabu aus Hamburg und spricht über die bevorstehende Nationalversammlung. Hierzu werden sämtliche Frauen, Mädchen und Männer von Schwartzau-Kenigsfeld und Umgegend eingeladen. Es darf keine Frau fehlen, denn es handelt sich darum, was die Frauen am Wahltag zu tun und welche Liste die Frauen zu wählen haben.

Kiel. Ein Ueberfall im Rathaus. Die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ schreibt: Im Kieler Rathaus ereigneten sich Donnerstag abend Vorgänge, die tief beauerlich sind und ungeheure Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Die Kollegen bekerten über eine Veränderung in den Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung. Eine Kommission von Arbeitslosen hat am Tage vorher mit dem Bürgermeister Dr. Grabenitz und dem Beigeordneten Bistupel über die Forderungen der Arbeitslosen verhandelt, die in der Hauptsache darin liegen, daß die Arbeitslosenunterstützung auf täglich 8 Mk. erhöht werden sollte. Der Magistrat hatte sich in einer Sitzung eingehend mit diesen Forderungen beschäftigt und anerkannt, daß die jetzige Höhe zu niedrig seien. Er hatte den Stadtkollegien vorgeschlagen, die Unterstützung für männliche Personen auf 6 Mk. und für weibliche Personen auf 4 Mk. täglich zu erhöhen. War durch diesen Vorschlag einerseits auf die Lage der Arbeitslosen Rücksicht genommen worden, so dürfte andererseits doch die Lage der städtischen Finanzen nicht außer Acht gelassen werden. Die Stadtkollegien schlossen dem Vorschlag des Magistrats an, legten aber besonders darauf Nachdruck, daß den Arbeitslosen am besten durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit Verdienst gegeben werde. Stadtbaurat Kruse hatte schon Mitteilung gemacht von einer großen Anzahl von Arbeitslosen, die durch das städtische Tiefbauamt in Anspruch genommen werden sollen. Darüber hinaus beschloß die Kollegien noch einen sozialdemokratischen Antrag, in dem der Magistrat aufgefordert wird, ein großzügiges Programm von städtischen Arbeiten aufzustellen und innerhalb drei Tagen darüber der Öffentlichkeit Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen waren schon zum Abschluß gelangt, als eine tausendköpfige Demonstration von Arbeitslosen vor dem Rathaus anlangte. Sie forderte eine Deputation ins Rathaus, um ihre Forderungen vorzutragen, und einige Mitglieder des Magistrats und der Stadtbauratensammlung verhandeln mit der Deputation des Magistrats. Diese Verhandlungen waren noch nicht zum Abschluß gelangt, als Hunderte von Arbeitslosen gewaltig ins Rathaus eindringen, sich gewalttätig Zutritt zum Kollegienaal erzwingen, die Stadtbauratensammlung umzingeln und unter ungeborenen Lärm, Tumult, Beschimpfung der Stadtbauratensammlung und Drohung mit Gewaltmaßnahmen die Erfüllung ihrer Forderungen verlangten. Alle Versuche, die Aufwiegler zu beschwichtigen, schienen zuerst vergeblich, bis es schließlich nach geraumer Zeit gelang, die Eingedrungenen zu bewegen, den Saal wieder zu räumen. Unter dem auf sie ausgeübten Druck beschloß schließlich die Kollegien auf Antrag des Stadtbauratensammlung Bistupel, der als Mitglied der Deputation mit der Arbeitslosenvertretung verhandelt hatte, die Forderungen der Arbeitslosen zu bewilligen. Dieser Beschluß ist den Stadtkollegien durch die Gewalt der Straße abgepreßt worden. Das ist ein ungehörlicher Zustand.

Jürgensberg. Raubmord. Als der Guisainpfeffer Kramer aus Sahl bei Lohde abends nach 10 Uhr in Bogmsdorf die

Landstraße passierte, wurde ihm von hinten mit einem arbeitslosen Instrument mit breiter Schneide ein so wichtiger Stieb gegen den Kopf beigebracht, daß der Ueberfallene leblos zusammenbrach. Dem am Boden Liegenden wurden dann noch vier schwere Stricheln im Gesicht beigebracht. Etwa eine Stunde später wurde Kramer vom Guisainpfeffer von Sahl aus der Straße tot in seinem Blut aufgefunden. Umweil der Mordstelle führte eine Spur über den Alder bis zu der alten Straße nach Himmelsdorf. Dem Ermordeten ist ein Briefumschlag von der Deutschen Bank mit Adresse des Direktors K. in Sahl mit etwa 8000 Mark in Kriessanleihen von 100 bis 1600 Mark aus der Briefstafel entwendet worden. Eine Briefstafel mit mehreren hundert Mark wurde vom Mörder in der Tasche des Mantels nicht gefunden. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Bremen. Die Neuwahlen zum Bremer Arbeiterrat haben am Montag nach einem von den Unabhängigen eigenem diesem Zweck zweckgemachten Wahlreglement stattgefunden. Unsere Genossen waren schon vorher aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten über den Verlauf der Wahlen erhielten die Mehrheitssozialisten 14 687 Stimmen und demnach 119 Mandate, die Unabhängigen 8521 Stimmen und 55 Mandate, die Kommunisten 6849 Stimmen und 55 Delegationen. So daß Unabhängige und Kommunisten zusammen 114 Delegationen haben. Nach den Bestimmungen des Wahlreglements entsenden weiter der sozialistische Parteiverein, die unabhängige sozialdemokratische Partei und die Mitglieder der internationalen kommunistischen Partei je 6, die freie sozialistische Jugendorganisation 3 Vertreter in den Arbeiterrat. Und das ist der Verbestand des Wahlreglements. Unabhängige und Kommunisten entsenden je sechs und die freie sozialistische Jugendorganisation, die auf demselben politischen Standpunkt wie die Unabhängigen steht, erhält drei Delegationen. Auf diese Weise erhalten Unabhängige und Kommunisten noch 15 Sitze extra, während den Mehrheitssozialisten nur 6 Sitze zufallen.

Neueste Nachrichten.

Unveränderte Lage in Berlin.

Berlin, 9. Januar. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befinden sich in demselben Stadium wie am Dienstag abend. Die Zentralkommission der Unabhängigen, die sich als Mittelsperson für Verhandlungen angeboten hat, konnte die erste Aufforderung der Reichsregierung — Räumung des „Vorwärts“ — nicht erfüllen. Ebenso sind die revolutionären Oblaten nicht imstande, ihre Macht auf die den „Vorwärts“ besetzt gehaltenen Spartakisten geltend zu machen. Die Regierung hat sich bereit erklärt, falls der „Vorwärts“ geräumt wird, heute vormittag 10 Uhr mit der Zentralkommission in Verhandlungen sofort einzutreten.

Der Stadtbahnverkehr war gestern abend 6 Uhr wieder unterbrochen. Die Spartakisten hatten versucht, den Reichsbahnhof zu brennen und diesen von der Matthe-Brücke her angegriffen. Es entspann sich ein Kampf zwischen den Spartakisten und den Regierungstruppen, denen sich das 4. Garderegiment zu Fuß angeschlossen hatte. Ein einziehender Fernzug wurde von den Spartakisten arg zugerichtet. Lokomotive und Wagen erhielten eine ganze Reihe Treffer. Der schließliche Bahnhof ist noch in den Händen der Spartakisten.

Die Lage ist unverändert kritisch. Die Straßenkämpfe dauern an. Beide Machtgruppen erhalten fortgesetzt neuen Zugang; man rechnet mit einer mehrtägigen Dauer der Straßenkämpfe. Die Lebensmittelversorgung wird in Berlin schon sehr schwer. In zentralen Bäckereien fehlt das Brot. Gestern nachmittag ist ein Jägerregiment am Anhalter Bahnhof eingetroffen. Spartakisten versuchte daraufhin den Bahnhof zu brennen, um die Ausladung der Truppen zu verhindern. Es kam zu einem erbitterten Maschinengewehrkampf, wobei es nach zweifelhafte Angaben auf Seiten der Spartakisten über 20 Tote und 30 Verwundete gab.

Die Reichsdruckerei ist vergangene Nacht von Regierungstruppen zurückerobert worden. Im Reichsbahnhof erklärten Spartakisten das Hauptgebäude, um Hilfstruppen für die Regierung aus Kiel abzufangen. Regierungstruppen eröffneten mit Maschinengewehren ein lebhaftes Feuer, wobei es bei den Gegnern viele Tote und Verwundete gab. Um eine Anzahl Kasernen wurde mit Handgranaten, Maschinengewehren, Granatenwerfern und Geschützen erbittert gekämpft. Alle Kasernen waren heute früh noch im Besitze der Regierungstruppen.

Die „Rote Fahne“ besetzt.

Berlin, 9. Januar. Regierungstruppen haben heute die „Rote Fahne“, das Organ der Spartakusbundes, besetzt. Die Spartakisten hatten sich im Hofe der Druckerei ihres Parteiblattes hinter Papierrollen verschauert, die mit Maschinengewehren besetzt waren. Nach kurzem Kampf wurde das Bollwerk genommen und die Redaktion besetzt.

Kampf um das Brandenburger Tor.

Berlin, 9. Januar. In der Nacht nahm die Gefechtsfähigkeit noch zu; gegen Morgen griff auch Artillerie ein. Um das Brandenburger Tor wurde heftig gekämpft. Die Drahtleitungen der Straßenbahn sind geschnitten. Von Mitternacht ab entbrannten im Südwesten und Zentrum, besonders im Sektions- und Regierungsviertel, neue Kämpfe. Es war ein gewaltiges Maschinengewehrfeuer hörbar.

Spartakisten in München.

Berlin 8. Januar. In München wurden Groß-Berliner Flugblätter verteilt. Daraufhin kam es zu Unruhen und Zusammenstößen mit dem Ergebnis, daß es sechs Tote und eine Anzahl Verwundete gab.

Guttagung.

Für den Wahlsonds gingen ein:
Von den Laternenwärttern 20. — Mk.
Das Parteifekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK

Unser Inventur-Ausverkauf bietet die zur Räumung gestellten Waren
beispiellos billig.

Urteilen Sie selbst:

In unserer
**Papier- u. Schreibwaren-
Abteilung:**
Sämtliche Waren ausnahmslos mit
**25%
Kassen-Rabatt.**
Unter anderem stellten wir zum Verkauf
Butterprotpapier Rolle 55¢
Toilette-Papier . . . Rolle 45¢ u. 40¢

In unserer Abteilung für
**Galanterie-
und Luxus-Artikel:**
Sämtliche Waren ausnahmslos mit
**25%
Kassen-Rabatt.**
Weiter stellten wir zum Verkauf einen Posten
Nippesfiguren, Blumen-,
Schmuck- u. Nähkästen,
Bilderrahmen . . mit **50% Rabatt**

In unserer
**Lederwaren-
Abteilung:**
Sämtliche Waren ausnahmslos mit
**25%
Kassen-Rabatt.**
Unter anderem stellten wir zum Verkauf
Markt- u. Einholtaschen 1.00, so 3.75
Schulrännel u. Mappen 3.75 2.25 1.75

Wir bitten, die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

Gesucht zum 1. Februar ein
ordentliches Mädchen.
(7867) Wilsenstr. 70, I.

Morgenfrau
gesucht, drei- bis viermal in der
Woche für einige Stunden.
(7864) Mühlent. 9.

Zu Oheim gesucht
ein Schmiedelehrling
L. Neekels,
(7865) Mühlent. 9.

Elektromonteur
durchaus selbständig arbeitend
(gelernt), gesucht. (7862)
Joh. Haritz,
Johannisstr. 22.

Einige neue moderne
Fragen und -Waffen in ver-
schiedenen Farben billig zu verk.
(7859) Schulstr. 18, I.

Bamen-Haackekostüme
zu verm. (7878) Eiderstr. 28, I.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 48.

Feldpostkartenbriefe
sind vorräthig.
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 48.

**Erholer-
Tanzverein
Lübeck.**

General-Versammlung
am Freitag, dem 10. Januar
im **Beirustsal, Gröbestr. 41.**
Beginn präzis 7 1/2 Uhr.
(7862) Der Vorstand.
Fußball-Abteilung.
Wiederbeginn des Spiels
am Sonntag, dem 12. d. Mts.,
nachmittags 2 Uhr, auf dem
Sportplatz neben der alten
Kaserne. Beginn um 1 1/2 Uhr
im Lokal des Herrn Sneyer
(Gröb. Wiertel), Schützenhaus.

Arbeitslose

Freitag, den 10. Januar, Punkt 2 Uhr nachm.
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Berichterstattung des Arbeitslosen-Rats.
(7874)

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 10. Januar 1919
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Innere Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Aufnahme neuer Mitglieder am Eingang.
Der Vorstand.
(7872)

Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter
Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung
am Sonntag, dem 12. Januar 1919
nachmittags 3 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1918.
2. Kartellbericht.
3. Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.
Um zeitliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.
(7870)

Offendorf.
Große öffentliche
Volks-Versammlung
am Sonnabend, dem 11. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im **Gasthof Krentzkamp, Offendorf.**

Tages-Ordnung:
Sozialdemokratie und die Nationalversammlung.
Referent: Arbeiterrat **Joh. Krentzsch,** Schwartau.
Freie Aussprache.
(7869) Das Wahlkomitee.

Deutsche demokratische Partei
Lübeck.

Gr. öffentl. Versammlung
Sonnabend, den 11. Januar 1919, abends 8 Uhr
in der **Stadthalle.** (7867)

Referent:
Herr Oberlehrer a. D. **Slykovich,** Schwerin, Kandidat d. Wahlkr. Lübeck-Mecklbg.
Wähler, erscheint in Massen!

Wilson und wir!
Vortrag
gehalten von
Kapitän zur See Boy-Ed
am Sonnabend, dem 11. Januar 1919
abends 7 1/2 Uhr
im Saale der Loge zum **Süßern**
zugunsten des **Lübecker Roten Kreuzes.**
Eintrittskarten
zu Mk. 2.— und Mk. 1.— im Vorverkauf bei
Ernst Robert, Breite Straße 29 und an der
Abendkasse. (7866)

Handlungsgehilfen!
Mitglieder der
**Deutschnationalen Kranken-
und Begräbnis-Kasse.**
D. S. B.
Mitglieder! Der große Mitgliederzuzuwachs den der Deutsch-
nationalen Handlungsgehilfen-Verband auch hier in Lübeck zu
verzeichnen hat, bedingt die Errichtung einer eigenen Geschäfts-
stelle. Sie befindet sich
im **Hause Breitestraße 85/87.**
Von der Eröffnung geben wir hiermit unseren
Verbandsmitgliedern, den Mitgliedern der deutsch-
nationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse, sowie der
gesamten Lübecker Handlungsgehilfenschaft Kenntnis.
Die Geschäftsstelle ist gleichzeitig Beratungs-
stelle in allen Berufsangelegenheiten.
Jeder Handlungsgehilfe, auch wenn er nicht Mitglied unseres
Verbandes ist, erfüllt kostenlos Rat und Auskunft
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
Geschäftsstelle Lübeck. (7858)
Breitestraße 85/87. Fernruf 1067.

Marmorsaal Lübeck.
Freitag, 10. Jan., abds. 8 Uhr
Runter Ernst-Albert-Abend
ausverkauft.
Auf vielseitigen Wunsch
Wiederholung
am **Dienstag, d. 14. Januar.**
Vorverkauf: Musikalienhdlg.
Ernst Robert, Breite Str. 29.
3.—, 2.—, 1.— Mk. (7859)

Hansa-Theater.
Donnerstag abends 7 Uhr:
Schwarzwaldmädel.
Freitag: Zum ersten Male:
Die lustige Witwe.
Operette von Lehar.
Sonnabend: (7869)
Die lustige Witwe.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. (7879)
Donnerstag, den 9. Januar
für die Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Die Lokalbahn.
Die feurige Ketten.
Freitag, den 10. Januar:
Der Barbier von Sevilla.
Sonnabend, den 11. Januar:
Rose von Stambul.
Sonntag, den 12. Januar
Vormittags 11 Uhr
Die Marquise.
Tempel der Erinnerung.
Abends 7 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.

Die Wählerlisten zur Bürgerschaft

liegen bis Mittwoch, dem 15. Januar in der Aula des Johanneums, bei St. Johannis, aus. Sie können von morgens 10—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr eingesehen werden. Im Landgebiet sind die Listen bei den Polizeibehörden oder amtlichen Stellen einzusehen. Alle üblichen Staatsangehörigen, Männer und Frauen, die bis zum 31. Dezember das 20. Lebensjahr vollendet haben und seit 1. Januar 1919 hier wohnen, sind wahlberechtigt.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich jeder von der richtigen Eintragung überzeugt. Nur dann kann er sein Wahlrecht ausüben.

Von der alten Suberwirtschaft.

Die reaktionäre Presse fährt fort, die Revolution durch Lügennachrichten über angebliche Verwundungen durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu verdrängen. Die Milliarden, die durch den Militarismus der alten Herrschaftskaste verschleudert worden sind, verschweigt diese Presse geflissentlich die Densität. Riesengroß ist hier das Maß der Schuld, das die militärischen Befehlshaber auf sich geladen haben. Auf sie allein fällt auch das Verbrechen zurück, daß ungeheure Mengen kostbarer Lebensmittel in den besetzten Gebieten zurückblieben und damit der Volksernährung entzogen worden sind. Das konnte man aus der gestrigen Meldung über Belgien erst wieder sehen. Und in Paris sind nach Meldungen der polnischen Presse allein folgende Posten von Lebens- und Genussmitteln nicht abtransportiert worden: Roggen- und andere Weizen 35 415 Zentner, Getreide 63 581 Zentner, Speck und Schmalz 80 Zentner, Schweine- und Rindfleisch 140 Zentner, Weizen 7532 Zentner, Zichorie 1340 Zentner, Graupen 6960 Zentner, Maraculaben 49 974 Zentner, Zucker 3244 Zentner, Honig und Sirup 20 000 Zentner, Kartoffeln 2520 Zentner, Kraut 9000 Zentner, Dörrgemüse 4000 Zentner, Blumenkohl gerodnet 4600 Zentner, Spitzwurz 32 000 Zentner, Wein 52 867 Liter, 1 Million Stück Zigaretten, 2 Millionen Stück Zigarren, 37 440 000 Eier, 1826 Klaiden Roggen, 4810 Dosen Konkernen. Außerdem wurden Gewürze, Seifen, Dalkaffee, getrocknetes Obst, Salz und andere Dinge im Gesamtgewicht von Tausenden von Kilogramm vorgefunden.

Wienel Elend hätte in der Heimat mit diesen Lebensmitteln gemildert werden können, wenn die Befehlshaber rechtzeitig für genügenden Abtransport gesorgt hätten. Aber sie gedachten ausschließlich bis in die Emigkeit in den besetzten Gebieten hocken zu bleiben, und als die Ereignisse sich über Nacht änderten, flüchteten sie in erster Linie ihre eigene Existenz. So kam es, daß Milliarden verloren gingen. Hätten die Arbeiter- und Soldatenräte nicht regelnd eingegriffen, so wäre der Verlust den Deutschen durch den Rückzug ersetzt, noch unermesslich größer geworden.

Frauen heran!

Unter der Militärmonarchie zeigte uns Deutschland ein eiserntes Antlitz, auf den Lippen stets Verneinung gegenüber unserem Ringen nach Volksrecht und Frauenrecht. Ein Aufbegehren unseres Heeres, das nur ein Volksherr sein will, hat die Monarchie und Junkerwirtschaft gestürzt.

Daß sie nie wieder sich erhebe, muß die Arbeit der deutschen Frauen und Mütter sein. Das Grundrecht des Staatsbürgers ist uns verklebt. Unsere Stimme wird gehört. Seht nur, wie frauenfreundlich auch die Parteien jetzt sind, die bisher unsere Forderungen verhöhnten; die gegen den Frieden und Volksrechte scharfmachten! Ihnen wollen wir den Rücken wenden. Die sozialdemokratische Partei hat seit Jahrzehnten das Stimmrecht für uns gefordert, ebenso die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau vor dem Manne benachteiligen nachdrücklich verlangt.

Mutterfreunden.

Roman von S. Salomon.

27. Fortsetzung.

Mit schwerem Herzen sah Röder den Sergeanten Künzel über den Hof kommen, der noch etwas unsicher auf den Beinen zu sein schien. Auch sein Kommandoton kam mit heiserer Stimme aus der Kehle hervor. Die Mannschaft erkannte auf den ersten Blick, daß ihr Sergeant sich wieder in der denkbar schiefsten Laune befand und machte sich schon deshalb auf manchen Puff gefaßt.

Langsam ging die Revision vor sich. Wohl bei jedem einzelnen hatte er etwas zu mäkeln und zu schreien. Das erste Glied war glücklich erledigt und nun kam das zweite, in welchem sich Röder befand, an die Reihe. Wie Künzel an diesen herantrat, schlug Röder die Hände zusammen und sah stramm hinüber. „Nehmt gehörigst, Herr Sergeant, daß in meinen Waffenrock ein kleines Loch gebrannt ist. Ich weiß nicht, wodurch und wie das selbe entstanden ist.“

Mit finsterner Miene nahm Künzel die Meldung entgegen. Dann behag er eingehend die eingekramte Stelle und sah in die Brust werfend, tief er höhnisch aus:

„So also geht man mit des Königs Rock um, Sie Glender! Das ist ja einfach unerhört! Total needarben! Freilich, wenn man sich auf dem Tanzboden herumdrückt, da hat man keine Zeit, auf das anvertraute Gut zu achten, da hat man nur fremdes Gut im Auge!“

Obei hatte der Sergeant ihn an einem Knopf seines Rockes gepackt und zog ihn hin und her.

Das Blut begann Röder langsam in den Kopf zu steigen bei dieser Behandlung, aber fest preßte er die Zähne aufeinander, sich so gewaltig beherrschend.

„Und sag er mal die Wahrheit, wo er sich diesen Schandfleck hergeholt hat.“ schmeizelte Künzel weiter. „Oder ist er so besoffen gewesen, daß er nichts davon weiß, he!“

„Zimmer höher krieg dem Rekruten das fließende Blut bei diesem ungerichteten Vorwurfe.“ „Ich weiß es nicht, Herr Sergeant.“ preßte er mühsam hervor.

„Dann müssen sie ja in einer schmachvollen Verfassung gewesen sein, Sie altes Schmeiß!“ rief der Sergeant nun wütend.

Röder maß seinen Vorgesetzten mit funkelnden Augen. Seine Hände ballten sich unwillkürlich zusammen. Das Blut raste ihm wild in den Adern und sich vergehend, zischte er hervor: „Wenn Sie denn wissen wollen, Herr Sergeant, wer diesen Schandfleck da getan hat — das waren Sie selbst!“ Mit drohenden Augen hatte er gesprochen. Finstern und furchtlos stand er vor dem Sergeant, der im ersten Augenblick bis in die Stirn hinein erbleichte.

Doch im nächsten Moment raste es mit grenzenloser Wut hervor: „Was sagen Sie da, Sie Unverschämte! Hier haben

Die Sozialdemokratie ist durch die Revolution zur Macht gelangt. Ihre erste Tat war die Befreiung des politischen Wahlrechts an die Frauen. Daß wir es behalten und mit Hilfe der Sozialdemokratie auch wirtschaftliche und privatrechtliche Gleichberechtigung dazu bekommen, ist jetzt in unsere Hand gegeben.

Genossen! Erkennt wo Euer Platz ist. Hört alle Frauen auf, daß sie nicht unwissend den Feinden der Freiheit helfen und führt sie zu uns in die sozialdemokratische Partei! Frauen heran! Ella Wierzbicki, Hamburg.

Die neuen Militärrenten.

Für den Monat Januar 1919 sind alle bereits bewilligten Militärrenten — also nicht nur die Kriegszentner — in doppelter Höhe ausbezahlt worden. Diese Wohlthat wurde also auch den militärischen Friedenspersonen zuteil.

Von besonderer Wichtigkeit sind aber die neuen Rentenzuschläge, die dauernd bezahlt werden. Bisher haben nur die Kriegsbeschädigten Rentenzuschläge erhalten, jetzt werden die Zuschläge an alle versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen bezahlet, demnach auch an die Militärpersonen aus der Friedenszeit. Ab 1. Januar 1919 werden folgende Rentenzuschläge gewährt:

- bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10 Proz. bis ausschließlich 33% Proz. ein Rentenzuschlag von 50 Prozent
- bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33% Proz. bis ausschließlich 50 Proz. ein Rentenzuschlag von 75 Prozent
- bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. bis ausschließlich 100 Proz. ein Rentenzuschlag von 100 Prozent
- bei einer Erwerbsunfähigkeit von 100 Proz. ein Rentenzuschlag von 100 Prozent der Vollrente eines Gemeinen.

Diese Erhöhungen sind sehr beträchtlich, man verbanke sie der sozialdemokratischen Regierung, eine bürgerliche Regierung hätte sich nie zu diesen Leistungen aufgeschwungen. Daß die Zuschläge nach den Renten der Gemeinen bemessen wurden, ist berechtigt, denn die Bemessung der Rente nach dem Dienstgrad war eigentlich nur auf die Berufsoldaten angeschlossen. Auf den Krieg und seine Folgen paßte dieses System überhaupt nicht, denn der kriegsbeschädigte Gemeine hat nicht geringere Ansprüche an das Leben zu stellen, als wie der kriegsbeschädigte Feldwebel. Was beim Berufsoldaten noch einigen Sinn haben konnte, das trifft auf den Feldwebel in keiner Weise zu. Die Rente muß einen Ausgleich bilden für den wirtschaftlichen Nachteil, der einem Verletzten entzogen ist, der militärische Rang darf dabei keine Rolle spielen.

Die Grundzüge über die Gewährung der Verstümmelungszulage kann jetzt auch gewährt werden:

- a) bei schweren Entstellungen des Gesichts,
 - b) bei Verlust der Zeugungsorgane,
 - c) bei Verlust oder Erblindung eines Auges (ohne Rücksicht auf den Zustand des anderen Auges);
- bis zur Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage bei Verlust oder Erblindung beider Augen; bis zur Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage bei schwerem Sichtigum oder bei Geisteskrankheit.

Bisher haben Einzügige überhaupt keine Verstümmelungszulage erhalten, wenn das noch verbliebene Auge nicht verletzt war. — Die Zuschlagung der Rentenzuschläge und der neuen und erhöhten Verstümmelungszulagen wird sich etwas verzögern, aber es braucht deshalb kein Anspruchsberechtigter Sorge zu haben, er wird sein Geld so rasch als möglich bekommen.

Mit großer Genugtuung wird es begrüßt werden, daß das Rechtsmittelverfahren für die Versorgung moderner Grundfähen angepaßt werden soll und wir halten es für selbstverständlich, daß alle Fälle nachgeprüft werden müssen, in denen bisher eine Abweisung erfolgt ist.

Die Erhöhung der Bezüge der Hinterbliebenen, die zum Teil bitter notwendig sind, wird demnächst erfolgen. Dringend nötig aber ist, daß das ganze Gebiet des Versorgungswesens so rasch als möglich einer gründlichen Reform unterzogen wird.

Sie meine Quittung dafür!“ Und mit furchtbarer Kraft kante eine wohlgezielte Ohrfeige auf die rechte Backe seines Opfers.

Röder schloß vor Schmerz und Scham die Augen. Sein Kopf brannte ihm wie Feuer und er glaubte zu Boden sinken zu müssen. Doch gewaltsam raste er sich empor. Er öffnete sich die Augen, er steht er mit höhnlichem Gesicht seinen Peiniger vor sich stehen. Er sieht, wie seine Kameraden ihn mitleidig betrachten. Röhrend preißt es in ihm auf und seine Herrschaft über sich verliert, stürzt er mit übermenschlicher Kraft auf den Sergeant, um ihn mit einem gewaltigen Faustschlag zu Boden zu strecken. Wie vom Blitz getroffen, sinkt dieser in sich zusammen. Die Arme weit von sich gestreckt, liegt er da mit geschlossenen Augen, und langsam fließen einige Blutstropfen aus Mund und Nase in den Sand hinab.

Die Mannschaften stehen zuerst wie versteinert da, so rasch und plötzlich hatte sich der ganze Vorgang abgespielt. Als sie aber ihren Vorgesetzten leblos am Boden liegen sahen, da begriffen sie erst, daß hier etwas Furchtbares geschehen war. Während sich einige von ihnen über diesen beugten, um ihm die Uniform zu öffnen, wollten sich die andern auf den wie im Fieber befindenden Röder werfen. Mit wahrstimmiger Kraft jedoch schweberte er die ersten weit zurück. „Bild blühte er um sich, als wollte er irgendwo Richtung suchen. Dann aber stürzte er davon, alles was sich in den Weg stellte, niederwerfend. In wahrstimmiger Hast raste er über den weiten Hof. „Nur weiter, immer weiter! Nur fort von hier!“ so rief es in ihm.

Und hinterher stürzten seine Kameraden in endlosen Reihen. Eine wilde wütende Jagd entspann sich.

Allen voran aber stürzte Friedel hinter seinem Freund her. Der hatte glücklich den zweiten Ausgang der Kaserne erreicht. Mit fliegender Hast die Treppen hinauf, nur höher, immer höher — und hart auf den Versen die jagenden Verfolger.

Da plötzlich hält er leuchtend an. Der Weg ist versperrt. Niemand ist eine Treppe mehr zu sehen. Nur eine Tür auf dem kleinen Korridor hatte er vor sich. Hastig stürzte er darauf zu. Mit einem Ruck öffnet er sie, schlägt sie hinter sich wieder zu und tritt instinktiv den Knopf vor. Die Stube ist leer, nur ein offenes Fenster zeigte ihm seinen Weg. Mit einem Satz schwingt er sich auf die Brüstung, mit dem rechten Arm das Fensterkreuz umklammernd. So steht er hoch oben. Vor sich die gähnende Tiefe — hinter sich seine Verfolger.

Schnel demühen sie mit den Fäusten auf die geschlossene Tür. Noch einmal zieht im Fluge sein junges Leben an ihm vorüber. Er sieht kein Licht, kein Netz, im Geiste ihre Mutterfreunden erwartend. Er denkt noch einmal zurück an die jetzt verlebten Stunden und dann überdenkt er sein eben im höchsten Seelenstadium begangenes Vergehen. Jahrelanges Zuchthaus oder auch Tod wäre die Strafe davon! — Nein, nein, nur das nicht! Fieber herbei!

Jaurès und die Gegenwart.*

Diktatur des Proletariats.

Diejenigen Sozialisten von heute, die noch von der „unvollständigen Diktatur des Proletariats“ sprechen oder die an eine plötzliche Übergangsdiktatur der Macht und eine Vergewaltigung der Demokratie denken, machen einen Mißschritt bis in die Zeiten zurück, da das Proletariat noch schwach war und zu solchen künstlichen Siegesmitteln greifen mußte. Die vom kommunistischen Manifest entwickelte Taktik für das Proletariat besteht darin, daß es Bewegungen, zu deren Ausübung es noch zu schwach war, zu seinen Gunsten wenden soll; diese Taktik einer wachsenden und führen, aber doch untergeordneten Macht hat die Arbeiterklasse in der Tat instinktiv in allen Kreisen der demokratischen und bürgerlichen Gesellschaft angewendet. Marx hat diese Idee von der französischen Revolution und von Babeuf übernommen.

Mehrheit oder Minderheit.

Wie könnte ein System, das die freie Mitwirkung aller voraussetzt, gegen den Willen der großen Masse errichtet werden? Alle diese feindlichen oder trägen Kräfte würden die sozialistische Produktion dermaßen beschweren, in unzähligen Stößen und Reibungen sozial Energie aufzuheben, daß das System zusammenbrechen müßte. Es kann nur durch den allgemeinen und betriebs-einmütigen Willen gelingen. Da es für alle bestimmt ist, muß es von allen vorbereitet und von allen fast aller, praktisch gerabezu von allen gebilligt werden. Denn es kommt eine Stunde, wo die Kraft einer ungeheuren Mehrheit den letzten Widerstand entmündigt. Das, was den Adel des Sozialismus darstellt, ist dieses, daß er keine Herrschaft der Minderheit sein darf. Er kann und darf daher nur durch eine Mehrheit eingeführt werden.

Krieg, Friede und Sozialismus.

Der sicherste Weg der sozialen Revolution ist der Frieden, der der wachsenden Demokratie gestattet, die Mittel zu schaffen zur stufenweisen Eroberung der politischen Macht durch das arbeitende Volk. Die Krise eines großen Krieges würde die Entwicklung aufs tiefste erschüttern: Entweder wird sie die Arbeiterklassen der kriegführenden Länder in die blutigen Wellen chauvinistischer Leidenschaft stürzen und den Sozialismus zurückwerfen, oder sie wird die Macht in die Hände einer revolutionären und führen Minderheit spielen, die dann durch Gewaltmaßnahmen den Gang der Ereignisse zu meistern vermag und eine Reaktion hervorruft wird. Die Sozialisten haben demnach von Krisen und Katastrophen, die die düstesten Instinkte und blindesten Leidenschaften entfesseln, nichts Gutes zu erwarten.

Sozialismus und Schule.

Man diskutiert und führt Beweise für oder wider ein bestimmtes Schulwesen, als ob man Unterrichtssysteme beliebig wählen könnte. Meine Herren, man unterrichtet nicht, was man will; ich sage sogar, man unterrichtet nicht, was man weiß oder was man zu wissen glaubt; man lehrt nur und man kann nur das lehren, was man ist. Die Erziehung ist im gewissen Sinne unsere Zeit. Ich meine damit nicht, daß der Lehrer sich bemühen sollte, eine gewisse geltende Formel oder eine herrschende Lehre den Kindern und jungen Leuten einzuprägen. Ein Lehrer, der seine Aufgabe so auffaßt und seine Schüler auf diese Weise bildet, würde nur frechtlich Seelen schaffen. Am Tage, wo die Sozialisten in der Lage sein werden, Schulen zu gründen, wird es meines Erachtens die Pflicht des Lehrers sein, das Wort Sozialismus vor den Kindern nicht auszusprechen. Wenn er Sozialist ist, so ist er es nur deshalb, weil seine Denkfähigkeit und sein Wissen ihn zum Sozialismus geführt haben. Der einzige Weg, auf dem er seine Schüler zum Sozialismus führen kann, besteht nur darin, sie zur freien Denkfähigkeit und zum selbst unabhängigen Wissen zu erziehen.

Deutsch-englischer Gegensatz.

Käme es heutzutage zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich und England, es wäre unmöglich, die Idee

* Ein Buch von M. Beer „Jean Jaurès, Staatsmann und Sozialist“ enthält Gedanken von Jaurès, die für unsere unmittelbare Gegenwart geprägt zu sein scheinen. Jaurès' Verebamkeit entspringt einer höchst tiefen Phantasie und sie war oft von prophetischem Geiste durchströmt. Wir entnehmen dem Beer'schen Buche vorliegende Gedanken Jaurès.

Jetzt kracht die Tür und mit dem herzerweichenden Ruf aus Friedels Munde: „Ernst, Ernst, tue es nicht!“ stürzen seine Verfolger herein. Da ist Röder mit einem Aus seinen Arm von dem einzigen Hals und einen letzten flehtraurigen Blick auf den hereinströmenden Freund werfend, stürzt er mit dem fließenden Haupte: „Schöne mein Weib!“ hinab in die Tiefe.

Ein hundertfach erschütternder Schrei erfüllt die Luft. Dann folgt das dumpfe Aufschlagen eines schweren Körpers auf die Steinfliesen — und ein edles tatendürftiges Herz hatte für immer aufgehört zu schlagen.

Als sich die schreckliche Tat wie ein Donnereisen über den weiten Hof verbreitete, schien jede Disziplin aufgehoben zu sein. Aus allen Gliedern stürmten die Rekruten hin zu dem glücklichsten Schauplatz, auf dem ein lieber Freund und Kamerad in seinem Blute schwamm.

Der junge Unterleutnant von der vierten Batterie untersteht sich gerade angelegentlich mit dem Wachtmeister, als er zu seinem namenlosen Schreden bemerkt, daß auch verabschiedene Rekruten aus seiner Batterie eilends über den Hof stürmen.

„Was fällt denn den Kerls ein?“ Himmelsteufel! Ist denn die ganze Disziplin aufgelöst?“ schimpfte der Leutnant die übrigen Rekruten an. „Da hört doch einfach alles auf!“ Und sich an den Wachtmeister wendend, befahl er: „Erkundigen Sie sich hoch mal, was da eigentlich los ist, und bringen Sie die disziplinbrüchigen Kerls gleich wieder mit!“

„Zu Befehl, Herr Leutnant!“ erwiderte dieser, um dann schleunigst nähere Erkundigungen einzuziehen. Nach etwa zehn Minuten kam der Wachtmeister, gefolgt von seinem Unterleutnant, mit erstem Gesicht auf den Leutnant zu, demselben meldend: „Der Rekrut Röder von der zweiten Batterie hat wegen einer erbitterten Ohrfeige von seinem Sergeanten diesen mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt, ist dann geflüchtet und hat Selbstmord begangen, indem er sich aus einem Fenster des zweiten Stockwerks auf den Hof hinabstürzte. Er brach das Gemä und war sofort eine Leiche.“

Aufmerksam hatte der Leutnant zugehört, um sich dann mit hochgezogenen Augenbrauen an die nun wieder vollzählige Mannschaft zu wenden. „Wißt Ihr Kerls denn gar nicht, was Disziplin heißt? Da laufen einige von Euch so mit nichts dir nichts aus dem Gliede fort und alles wegen eines lumpigen Gemeinen! Ich doch unerhört! Und dabei soll dieser tote Kerl seinen Vorgesetzten brutal mißhandelt haben. Wißt Ihr auch, wie viele Jahre Zuchthaus daraus stehen? — Ne? — Na, denn Herr Wachtmeister, haben Sie den Kerl gleich mal über diesen Fall eine kleine Instruktion vorlesung.“ Damit wandte er sich um und war im Begriff, seine Kameraden aufzusuchen, als er sich plötzlich umdrehte und zum Wachtmeister schrie: „Ja ja, Herr Wachtmeister, damit ich's nicht vergesse. Die Kerls, die da weggekauft sind, werden zur Bestrafung gemeldet.“ Dann machte er kehrt und verzückte lächelnd den Rekrutenhof. (Fortsetzung folgt.)

Bestimmen, um die in einem derartigen Konflikt kämpft. Es ist aber kein Verstoß gegen den historischen Materialismus, es heißt ihm vielmehr seine wahre Bedeutung belassen, denn ich behaupte, daß die Genesung der ökonomischen Interessen, damit sie sich in ihrer ganzen Tragweite entwickeln und mit ihrer ganzen Heftigkeit entfalten können, sich vor sich selbst und vor der Welt als geistige Gegenstände gebärden müssen. Eine solche Verküpfung ist heute unmöglich. Der heutige England und Frankreich aneinanderzusetzen versuchte, der müßte sich auch einsehen, daß einzig und allein durch die Härte des kapitalistischen Konkurrenzkampfes der Konflikt herbeigeführt und motiviert wäre. Bei aller Unerschrockenheit aber liegt es der Kapitalismus, daß in dieser seiner Nacktheit aufzudecken zu werden. Er hat so häufig seine Missetaten hinter christlichen Vorwänden verbergen lassen, daß nun kein Feigenbaum am Feigenbaum hängen blieb, als seine Blätter verdecken könnte.

Wirtschaftliches.

Ein neuer Bergarbeiterstreik

Wohlt in Oberösterreich auszubrechen. Auf der Heintage ist die Belegschaft, etwa 600 Mann, zur Arbeit nicht erschienen und zur Freigabe ungefähr 700 Mann nicht angefahren. Die Grube der Berginspektion Königsbrunn arbeitet mit Ausschluß der Bergbeamten. Die Bergarbeiter arbeiten gleichfalls ohne Beamten. Auf der Kohlengrube ruht die Arbeit vollständig, mit Ausnahme der Kesselbetriebe. Die Ursache des Ausstandes sind aneinander polnische spartakistische Umtriebe. Die Arbeiter verlangen Öffnung der polnischen Grenze, Entlassung polnischer Militärs, Anerkennung der Regierung Liebknecht und Generalstreik bis zur Entfernung der Regierung Hert-Weidemann.

Mexiko, das Ozean der Zukunft.

Zu der Versorgung der Welt mit Öl wird Mexiko in Zukunft eine hervorragende Rolle spielen. Es ist auf dem besten Wege, das wichtigste Ozean der Welt zu werden und trotz der inneren Unruhen unter den ärmlichen Ländern bereits an die zweite Stelle hinter den Vereinigten Staaten gerückt. Die Ölgewinnung in Mexiko, die 1910 mit 3,63 Millionen Tonnen betrug, ist 1917 auf 55,3 Millionen Tonnen oder über 9 Millionen Tonnen gestiegen. Allerdings haben die Vereinigten Staaten für 1917 eine Gewinnung von 210 Millionen Tonnen aufzuweisen; aber Mexiko liegt noch im Anfang seiner Entwicklung. Der Vorkriegsproduktionswert, daß die bisher in Mexiko vorhandenen über 300 Jahre alter bei voller Ausnutzung gegen 500 Millionen Tonnen jährlich liefern können. Die weitere Steigerung der Gewinnung ist vorläufig behindert, weil es an Transportmitteln fehlt.

Aus der Partei.

Internationale sozialistische Konferenz. Bei der Generalversammlung Deutschlands am 7. Januar folgendes Telegramm:

Brantings aus Stockholm ein: Der Ausschuss des Exekutivkomitees sozialistischer Parteien und Gewerkschaftszentrale eingeladen, Delegierte wählen für internationale Konferenz, die in Lausanne spätestens 21. Januar zusammentritt. Wünschenswert Büreaumittelglieder mitbringen. Delegierte werden (vom 18. Januar da sein. Einladung ebenfalls ausgedehnt wie zur Stockholmer Konferenz. Fürworte beschränkte Delegiertenwahl. Bitte diese Einladung veröffentlichen. Vollständige Einladung hier publiziert wird nachgeliefert. Branting.

Soziales.

Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen in Preußen. Eine alte Forderung der organisierten Bauarbeiter, die von den früheren herrschenden Gewerken stets beharrlich verweigert wurde, ist jetzt in Preußen verwirklicht worden. Die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Die Ortsbauaufsichtsbüros sind zu veranlassen, daß sie in Orten, in denen bereits amtlich bestelltes Baupolizeipersonal für die Baukontrolle vorhanden ist, neben diesem ein oder mehrere aus dem Bauarbeiterstande hervorgegangene Personen als Baukontrolleure anstellen, deren Aufgabe es sein soll, die den Bau kontrollierenden Beamten zu unterstützen. Daneben sollen sie beauftragt sein, auch selbständig Revisionen vorzunehmen. Für die Tätigkeit eines Baukontrolleurs aus dem Arbeiterstande würden in erster Linie Bauarbeiter, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, insbesondere Kriegsschadigte, herangezogen sein. Für ihre Auswahl soll in der Regel die Vermittlung der gewerkschaftlichen Organisationen in Anspruch genommen werden.

Aus Nah und Fern.

Die Kriegsgewinnler reihen sich. In Dohningen am Bodensee wurde eine Dame festgenommen, die 500.000 Mk. Gold und auch Schmuckstücke von hohem Wert nach der Schweiz bringen wollte. Ingekauft wurde hierbei einer ihrer beiden Helfer, ein früherer Grenzsoldat von dort, der, nachdem er auf Smaligen Fuß nicht stillstand, einen Schuß in die Leber bekam. Er handelt sich um ein Ehepaar aus Berlin, das in Konstanz von der Staatsanwaltschaft festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Es ist der Kriegsgewinnler Landhold und Frau, die angeblich zur Erholung nach Dohningen reisen wollten. Die Freilassung der beiden Schmuggler fand nur statt, weil man in der halben Million genügende Kautionsicherheit hatte.

Diebstech. Glück im Unglück hatte eine Familie, der es so erzählt ein wöchentliches Blatt - unter vieler Mühe gelungen war, ein Haushaltschwein zu rezeptabler Dicks aufzufüttern. Man freute sich schon auf den letzten Braten. Doch als man eines Morgens das teure Familienmitglied in seiner Behausung besuchen wollte, war der Stall leer. Man leuchtete in alle Ecken, aber das Bortentier war und blieb verschwunden. Die Trauer war groß. Da ließ man plötzlich beim Durchsuchen des Strohs auf eine wohlgeputzte Brieftasche, die 2000 Kronen enthielt. Bei dem verzweifelten Kampf mit dem widerpenitenten Schwein war sie offenbar dem Lieb aus der Tasche gefallen.

Allerlei Wissenwertes.

Antiseptische Gewürze. Vor etwa einer Generation schien sich die Gewohnheit einzubürgern, alle Genussmittel als verderblich hinzustellen, und nach von wenigen Jahren wurde von diesen Leuten behauptet, daß die Gewürze schwer verdaulich und schädlich für das Blut seien. Die heutige Wissenschaft bekämpft diese Ansicht, indem sie hervorhebt, ein wie wichtiger Faktor der Gesundheit für unser Wohlbefinden ist, und daß Dinge, die uns gut kommen und nicht im Uebermaß genossen werden, der Gesundheit nur zuträglich sein können. Gelehrte wie Hoffmann und Evans haben bewiesen, daß Gewürze wie Pfeffer und Nelken wertvolle Nahrungs-Konzervierungsmittel darstellen und daß Muskat und Pfeffer das Wachstum der Mikroben aufhalten. Die antiseptischen Eigenschaften dieser Gewürze sind dem ätherischen Öl, das sie enthalten, zuzuschreiben, und auch das Öl des Pfefferminz hat diese Wirkung im höchsten Grade. Es ist oft die Frage aufgeworfen worden, warum die Menschen gerade in den heißen Gegenden Pfeffer und andere stark erhaltende Gewürze besonders reichlich anwenden. Gewöhnlich meint der Laie zu der Ansicht, daß eine solche Lebensweise in den Tropen wenig angebracht ist, wo die intensive Hitze doch genügt, und man es vermeiden sollte, dem Körper noch weiteres Heizmaterial zuzuführen. Es liegt auf der Hand, daß die Konservierungsmittel in den heißen Gegenden sehr leicht der Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind und daß der Gebrauch des Pfeffers und anderer Gewürze dazu dient, diesen schädlichen Einfluß der Hitze zu mildern und so die Tropenbewohner vor diesen Gefahren zu sichern.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Marmelade-Verfälschung.

Gegenwärtig wird Marmelade freihändig an Iebermann in den Abgabestellen des Konsumvereins verkauft. Der Andrang ist, wie bei jedem freihändig abgesetzten Artikel, überall sehr groß und stundenlanges Warten die Folge. Die Folge ist aber auch, daß ein Teil, dem es an Zeit oder Gesundheit mangelt und der deshalb nicht warten kann, lieber auf andere Weise, die an demselben Ort, wo die Marmelade verkauft wird, die anderen oft weiter treiben Brot. Ich frage nach in vielen traurigen Erfahrungen: mußte das sein?

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiling.
Verleger: H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inferate

finden durch den „Übersterblichkeitskoeffizienten“ in den Kreisen des wirtschaftlichen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Übersterblichkeitskoeffizienten“

Abgabe von Kartoffeln.

Das Landesversorgungsamt gibt im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bekannt:

Die Belieferung der in Abteilung A. I. in Abteilung A. II und in Abteilung B. zusammengefaßten Abstände der 11a Kartoffelart, sowie die Belieferung der gelben Bezugsart C wird mit dem 11. ds. eingestellt. Die Händler haben die von ihnen belieferten Abstände und Bezugsarten am Montag, dem 13. ds. Mts. bei der Städtischen Kartoffelstelle einzuliefern. Auf Abstände und Bezugsarten, welche später eingeliefert werden, wird die Vergütung von Mk. 1,55 für je 50 Pfund Kartoffeln nicht mehr gezahlt werden.

Vom 13. bis 19. ds. Mts. dürfen auf Abschnitt 7 der 11a Kartoffelart neben Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden. Die Entnahme der Kartoffeln kann bei den Kartoffelergattern und den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelartenabschnitte erfolgen.

Zwischenhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.
Lübeck, den 8. Januar 1919. (7880)
Das Landesversorgungsamt.

Mietsquartiere für Feldwebel und Unteroffiziere gesucht. Anmeldungen Fleischhauerstraße 20, Zimmer 5, bei der Einquartierungs-Behörde. Mietvergütung Mk. 1,20 für den Tag. (7875)

Schwartau-Rensfeld.
Große öffentliche Volksversammlung
am Sonnabend, dem 11. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im Gasthof Kleinmühlen.
Referentin: Frau Zabe-Hamburg.
Männer, Frauen und Mädchen erscheint in Massen.
Aussprache.
Der Einberufer.

Achtung!
Kücknitz u. Umgegend!
Am Sonnabend, dem 11. Januar 1919
abends 7 Uhr
findet
im Saale des Herrn Dieckmann in Kücknitz
eine
Versammlung
des Arbeiter-Turn- u. Gesang-Vereins.
Rege Teilnahme erwartet.
Der Einberufer.

Landesversorgungsamt.
Für den Monat Januar können wegen Transportbeschwerden vorläufig für den Kopf der Bevölkerung nur 250 Gramm Zucker abgegeben werden. (7884)
Mahlstedt.

Solbad Schwartau
Umgegend zu Lübeck oder
Schleswig-Holstein?
Wohin gehört es?
Hierüber wird am Mittwoch, dem 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr in der Waldhalle gesprochen.
Jeder hat Zutritt! Redefreiheit!
Verein zur Hebung des Fremden-Verkehrs
Bad Schwartau. (7885)

Alle Arbeiten
kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4, Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck

Bilderleisten
einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 85, Fernruf 2808.
Sauerkohl
1 Fbd. 20 Pf., 10 Fbd. 1,80 Mk.
Zitronige Bohnermasse
1 Fbd. 3 Mk., 5 Fbd. 14 Mk.
Feudel
Etüd 2 Mk. (7888)
Eduard Speck
Fährstraße 80 u. 82.

Freiwillige Versteigerung
am Sonnabend, dem 11. Jan., vorm. 10 Uhr.
Zühlwegstraße 71, Speicher (Eingang Gr. Asten).
Auf Order des H. u. S. Rates sollen folgende Sachen, als:
a) neue Sachen:
110 Fleischhackmaschinen,
gr. und kl. für Gewerbebetriebe und Haushaltungen.
2 gr. Akumulatoren-Batterien.
b) gebrauchte Sachen:
gr. Rosten Ofenrohr, gr. Bohre (Luftheizung), leere
Blechfächer, Eisenplatten (300x400),
Musik-Instrumente:
ein Sax., ein Waldhorn, eine Klarinette, drei Geigen,
2 gr. weiß email. Badewannen (fast neu),
2 kleine Risten mit 6 Zoll Nägeln, 3 Handwagengestelle,
6 Nachtmühle, 2 Fahrräder mit Verriegelung,
ein Pöken Alt-Eisen, 664 Stücke à 4 Pfund schwer,
öffentlich meistbietend gegen kontante Zahlung verkauft werden
durch den
Auktionator und Taxator
Albert Mohrmann.
Kontor: Mühlensur. 52 :: Telephon 8853 (Henk)
Besichtigung: 2 Stunden vor Auktion.



Am Sonntag verschied unser werter Kollege, der
Former
Carl Gebhard.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiterschaft
der Firma W. G. Schröder Nchfl. (7885)

Bekanntmachung.
Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche der
Militärverwaltung gehörige Ausrüstungsgegenstände, Waffen
munition etc. abgeliefert sind.
Wir verweisen dringend auf die Bestimmungen des Kriegs-
ministeriums und werden die ärgsten Maßnahmen bei Nicht-
erfolgung dieser Bekanntmachung treffen.
Unser Bureau ist geöffnet von morgens 9 bis 12 und nach-
mittags von 3 bis 5 Uhr.
Lübeck, den 8. Januar 1919. (7870)
Soldatenrat.
Abteilung Waffen und Munition.
Kramer Ehrenh.

Bekanntmachung
über die Schlachtung von Pferden.
Die Schlachtung eines Pferdes ist nur gestattet, nachdem ein
sammelter Tierarzt bezeugt hat, daß das Pferd nicht arbeits-
fähig ist und auch in absehbarer Zeit nicht arbeitsfähig sein wird.
Die Bescheinigung ist auf Verlangen vorzulegen.
Ohne solche Bescheinigung dürfen nur Schlachtungen aus-
geführt werden. Jede Nachschlachtung ist ungesetzlich der Ab-
teilung des Landesversorgungsamts, Königstraße 69, schriftlich
anzuzeigen.
Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen
werden nach § 6 der Bekanntmachung über Pferdefleisch vom
2. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt Nr. 222), 14. Juni 1918
Reichsgesetzblatt S. 655) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und
mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen
bestraft. Auch kann auf Einziehung des Fleisches, das aus einer
unzulässigen Schlachtung gewonnen ist, erkannt werden.
Lübeck, den 8. Januar 1919.
Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.
Der Knochenverkauf in der Markthalle findet in dieser
Bege nicht statt, da nicht genügend Knochen zur Verfügung
sind.
Lübeck, den 8. Januar 1919. (7871)
Das Landesversorgungsamt.
Langschäftige Stiefel
werden zu Kinder- und Damenstiefel umge-
arbeitet
Kriegshilfe
Hr. Sanitätsrat. Königl. 13. (7884)